Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 36. Sonnabend den 5. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 6. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 23. December 1886 bez. 12., 23. und 30. Januar 1887 bringen wir zur Kenntniß, daß außer den in jenen Bekanntmachungen aufgeführten Cassen die folgenden eingeschriebenen und sonstigen Hilfscassen, und zwar:

1) **Die Allgemeine Kranken- und Sterbecasse der Metallarbeiter e. H. Sitz: Hamburg,**
2) **Kranken- und Begräbnißcasse des Gewerkvereins der deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter e. H. Sitz: Berlin,**
3) **Der Kranken- und Unterstützungsbund der Schneider e. H. Sitz: Braunschweig,**
4) **Die Krankencasse „Vertrauen" zu Leipzig e. G.,**
5) **Die Kranken- und Begräbnißcasse „Severa" zu Leipzig e. G.,**
6) **Die Kranken- und Begräbnißcasse „Helvetia" zu Leipzig e. H.,**

dem §. 75 in Verbindung mit §. 6 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 nicht Genüge leisten.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, diejenigen Herren Arbeitgeber, bei denen sich versicherungspflichtige Mitglieder dieser Cassen in Beschäftigung befinden, darauf aufmerksam zu machen, daß die Letztern nunmehr innerhalb der gesetzlichen Frist bei der Ortskrankencasse zur Anmeldung zu bringen sind.

Leipzig, am 5. Februar 1887.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer macadamisirten Unterlage des Kehrichtablade-Platzes an der Cunnersdorfer Straße und eines 5 m breiten gepflasterten Zufuhrweges nach demselben soll an einen Unternehmer im Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Macadamisirung des Kehrichtablade-Platzes"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 26. Februar d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 27. Januar 1887.

Ib. 269. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 100 Stück granitnen Schleußeneinlaßsteinen nebst Rahmen und Deckeln soll an einen oder mehrere Lieferanten in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Lieferung von Granitrinnsteinen"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 26. Februar d. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Ib. 283. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung,

offene Expedientenstelle in Schönefeld betr.

Wegen anderweiter Anstellung des derzeitigen Inhabers kommt die mit 750 ℳ Jahresgehalt dotirte Expedientenstelle am 1. März c. zur Erledigung.

Bewerber, welche bereits im Verwaltungsfache gearbeitet haben, militairfrei sind und 500 ℳ Caution erlegen können, wollen ihr unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis längstens

den 15. Februar d. J.

mittelst Gesuch bei dem Unterzeichneten melden.

Schönefeld, am 3. Februar 1887.

Der Gemeindevorstand.
John. Wtz.

Arzt-Gesuch.

In dem an der neuen Bahnlinie Leipzig-Geithain gelegenen Marktflecken Liebertwolkwitz mit ca. 2500 Einwohnern, woselbst zur Zeit nur ein Arzt practicirt, ist die alsbaldige Niederlassung eines zweiten approbirten Arztes nicht nur erwünscht, sondern sogar zur Nothwendigkeit geworden.

Einem jüngeren Arzt wird durch die im Orte vorhandenen drei Krankencassen mit insgesammt ca. 700 Mitgliedern, sowie durch die stark bevölkerte, wohlhabende Umgebung von Liebertwolkwitz sichere Gewähr für eine angenehme und auskömmliche Existenz geboten.

Der unterzeichnete Gemeinderath ist gern bereit, über alles Nähere Auskunft zu ertheilen.

Liebertwolkwitz, den 31. Januar 1887.

Der Gemeinderath.
Dyck, Gemeinde-Vorstand.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Montag, den 7. Februar 1887, Nachmittags 6 Uhr in deren Sitzungssaale, Neue Börse, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Berichte des Finanz-Ausschusses über a. die Rechnung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, den **Bau der Börse** betr.; b. das Gesuch der **Firma Becker & Co. und Gen.,** Abänderung des Haushaltplanes der Börse betr.
3. Berichte des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a. die Zuschrift der Handelskammer zu **Göttingen**, die **Löschung todter Firmen** betr.; b. die Zuschrift der Handelskammer zu Braunschweig, **Auslegung der Begriffe „Anschaffungspreis" und „Herstellungspreis"** in Art. 185a des Handelsgesetzbuchs betr.; c. die Petition des Verbandes deutscher Weinhändler um **Ergänzung des Nahrungsmittelgesetzes.**
4. Berichte des Bank-, Münz- und Börsen-Ausschusses über a. den Antrag des Landwirthschaftlichen Kreisvereins, die **Zuziehung von Landwirthen zur Notirung der Getreide- und Oelpreise** betr.; b. den Antrag des Herrn **Fritzsche auf Notirung der Wechsel auf Spanien im Curszettel.**
5. Bericht des erweiterten Verkehrs-Ausschusses, die Beschaffung **sachgemäßer Berichte über das Meßgeschäft in Leinenwaaren** betr.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Gemeinde-Verwaltung ist sofort eine mit 600 ℳ pro anno dotirte Copistenstelle zu besetzen.

Bewerber mit schöner Handschrift wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen spätestens

bis zum 10. Februar d. J.

bei dem Unterzeichneten einreichen.

Reudnitz, den 3. Februar 1887.

Der Gemeindevorstand.
Gröbel. Wtz.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

In der französischen Kammer ist am Donnerstag der Bericht des Abgeordneten Laisant über das Armeegesetz zur Vertheilung gelangt und darin mit Genugthuung die vollständige Uebereinstimmung des Ausschusses mit dem Kriegsminister in allen Puncten hervorgehoben. Sehr beachtenswerth erscheint die Schlußbemerkung des Berichts, welche es als ein Gebot der Vaterlandsliebe bezeichnet, bei großen Neugestaltungen, zumal auf dem Gebiete des Militairwesens, welche von patriotischen Sachverständigen gutgeheißen wurden, Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten und persönliche Neigungen zum Wohle des Ganzen zurücktreten zu lassen und dadurch dem Vaterlande das sicherste Pfand des Friedens zu gewähren. Natürlich spricht auch der Berichterstatter von dem neuen Armeegesetz nur als einem Mittel zur Sicherung der Vertheidigung.

Der Bericht des französischen Abgeordneten Laisant ist auf Grund von Berathungen und Beschlüssen abgefaßt, welche in die Zeit vor dem letzten, durch französische Militairmaßregeln verschuldeten Kriegslärm fallen; die Uebereinstimmung des Ausschusses mit dem Kriegsminister Boulanger über den Gesetzentwurf war bereits eine Thatsache, bevor die Holz- und Pferdekäufe der französischen Regierung in Deutschland bekannt wurden; es bedarf also keines besonderen Scharfsinnes, um den Zusammenhang zwischen den Beschlüssen der Armeegesetzcommission und den gedachten Maßregeln zu erkennen. Die Herren Freisinnigen lieben es, die Reihenfolge der Thatsachen zu verwischen, wohl auch directe Umkehrungen derselben vorzunehmen. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn unsere politischen Gegner den Versuch machten, das Ergebniß der Berathungen im französischen Armeegesetz-Ausschuß mit dem viel berufenen Artikel der „Post": „Auf des Messers Schneide" in Zusammenhang zu bringen, oder die Erhöhung der Präsenz des deutschen Heeres als die Ursache der Uebereinstimmung, welche in jenem Ausschuß zu Tage getreten ist, ausgäben. Es erscheint deshalb nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß die beantragte Vermehrung der Friedenspräsenz um 41,000 Mann die Folge der ganz außerordentlichen französischen Rüstungen war, daß aber damit noch nicht einmal der bisherige Präsenzstand der französischen Armee erreicht ist, und daß nach Verkündung des neuen französischen Armeegesetzes der Präsenzstand der französischen Armee 600,000 Mann betragen wird.

Die „Post" sagt sehr richtig: „Die Dinge sind so weit gediehen, daß kein Tadel von deutscher Seite den Einfluß des Generals Boulanger in Frankreich noch steigern kann." Die Gefahr für den europäischen Frieden, welche von Frankreich droht, ist so augenscheinlich, daß alle Staaten, selbst die neutralen: Belgien, und die Schweiz, mit Eifer rüsten.

Bei dem Rüstungseifer fehlt es auch nicht an komischen Zwischenfällen. Als einen solchen betrachten wir das russische Pferdeausfuhrverbot, von dem sich doch nicht voraussehen läßt, daß es gegen Frankreich gerichtet wäre. Die Pferdezucht in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist der Art ausgedehnt, daß beide Mächte ihren Pferdebedarf, auch ohne Rußlands Hülfe in Anspruch zu nehmen, decken können, aber Frankreich hat keinen Ueberfluß an Pferden und hat deshalb auch schon seine Zuflucht zu Deutschland genommen. Nach den neuesten Nachrichten hat sich Frankreich jetzt zu gleichem Zwecke nach Spanien gewandt. Die Franzosen befürchten offenbar, daß die Vorbereitungen, welche Oesterreich für die Einberufung des Landsturmes trifft, noch einen anderen Grund als die Sicherung gegen russische Uebergriffe auf der Balkanhalbinsel haben könnten, daß möglicherweise ein französischer Angriff gegen Deutschland Oesterreich-Ungarn in Mitleidenschaft ziehen könnte. Feldmarschall Moltke hat zwar gesagt, daß ein großer Staat nur auf seine eigene Kraft vertrauen dürfe, aber immerhin besteht ein Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für den Fall, daß einer von beiden Staaten von zwei Seiten angegriffen wird. Die weiteren Abmachungen entziehen sich der öffentlichen Kenntniß; aber gerade das absolute Schweigen, welches sich die Verbündeten darüber auferlegt haben, beweist, daß solche Abmachungen bestehen.

Lord Salisbury fand schon am 23. December, daß der politische Horizont auf dem europäischen Festlande sehr schwarz aussehe, und daß der Ausbruch eines Krieges in nächster Zeit sehr wahrscheinlich sei. Sein College Churchill wollte England vor der Theilnahme an einem europäischen Kriege bewahren und rieth deshalb zur Verminderung der Ausgaben für Militair- und Marinezwecke. Die Abreise Churchill's nach dem Süden aus „Gesundheitsrücksichten" zeigt, daß er keine Aussicht hat, mit seiner Meinung im Parlament durchzudringen, und der Artikel des „Standard", welcher mit seiner Abreise nach Paris zusammentrifft, läßt erkennen, daß sich Salisbury gegenwärtig als Herr der Lage in England fühlt. Die Spitze des „Standard"-Artikels ist gegen Churchill gerichtet; dem ehemaligen Schatzkanzler wird die Eigenschaft eines Staatsmannes darin aberkannt, weil es ihm entgehe, daß mächtige, England nahe berührende Fragen in den gegenwärtigen Streitigkeiten ihrer Lösung entgegen reifen. Das Torybergan tritt für die Ansicht ein, daß im Falle eines europäischen Conflicts, den Rußland etwa zur Eroberung der Balkanhalbinsel benutze, England nicht theilnahmloser Zuschauer bleiben könne. Der glänzende Redner, von welchem der „Standard" als dem Vertreter der Steuerzahler spricht, kann nur Churchill sein, da er es war, welcher dazu rieth, daß „England seine Rüstung ablegen und mit gekreuzten Armen dastehe, während Europa sich auf das Schlimmste vorbereite".

Die Gefahr eines großen Krieges besteht unverändert fort; aber wenn etwas dazu geeignet ist, sie zu verringern, so ist es die Verbreitung völliger Klarheit über die wahre Sachlage. In dieser Beziehung hat Deutschland das Seinige seit langer Zeit, insbesondere seit Einbringung der Militairvorlage durch die verbündeten Regierungen, gethan. Es ist von berufener Stelle rückhaltlos vor aller Welt gesagt worden, daß der Friede auf die Dauer nur erhalten werden kann, wenn Frankreich auf die Rückerwerbung von Elsaß-Lothringen in aller Form Verzicht leistet. Friedensversicherungen mit Worten haben keinen Sinn, wenn sie nicht durch Thaten bestätigt werden. Es ist lächerlich, von Vertheidigung zu reden, während Niemand vorhanden ist, der einen Angriff beabsichtigt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß selbst ein so reiches Land wie Frankreich durch die Fortsetzung der übertriebenen Rüstungen ruinirt werden muß und daß deshalb der Augenblick nicht mehr fern ist, in welchem Frankreich den Zweck der Rüstungen durch die That darthun muß.

Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, um, dem Beispiel des ehrlichen Maklers getreu, auf die Spannung in der Lage Europas hinzuweisen; wir haben gewarnt, Vorstellungen gemacht, zum Frieden und zur Versöhnung gerathen, während höchste Entrüstung und Appell an das Schwert von den meisten anderen Völkern gewählt worden wäre. Die Stimme der Vernunft ist aber überhört worden, nicht blos von unseren rachedurstigen Nachbarn, sondern auch von den einheitsfeindlichen Parteien im deutschen Reiche. Frankreich ist einig und ist sich des Werthes dieser Einheit bewußt, es überschätzt deshalb seine Kraft und glaubt, daß ein Volk, welches durch Parteistreitigkeit gespalten ist, seinem Anprall nicht gewachsen sein wird. Das ist zwar ein Irrthum, aber ein sehr gefährlicher Irrthum, und Diejenigen, welche ihm Vorschub leisten, nehmen damit eine schwere Verantwortung auf sich. Der Krieg kann nach unserer Ueberzeugung heute noch vermieden werden, aber nur durch eine mächtige Einheitskundgebung des deutschen Volks, und diese kann nur durch das einmüthige Zusammenwirken aller deutschen Wähler, welche ihr Vaterland mehr lieben als ihre Parteiführer, herbeigeführt werden. •

Leipzig, 5. Februar 1887.

* In dem deutsch-englischen Abkommen bezüglich der Abgrenzung des Sultanats von Zanzibar ist bekanntlich in Nr. 4 bemerkt, daß Großbritannien seinen Einfluß geltend machen will, um den Abschluß eines freundschaftlichen Abkommens hinsichtlich der concurrirenden Ansprüche des Sultans von Zanzibar und der ostafrikanischen Gesellschaft auf das Kilimandscharogebiet zu befördern. Wie jetzt mitgetheilt wird, hat der Sultan von Zanzibar freiwillig auf seine Ansprüche auf das vorgedachte Gebiet verzichtet und sich bereit erklärt, diesen Verzicht auch den Häuptlingen in diesem Gebiete amtlich mitzutheilen, so daß nunmehr der ganze sehr fruchtbare Landstrich den Interessensphären der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft ungehindert offen steht.

* Der „Kölnischen Zeitung" wird zur Lage aus Berlin geschrieben:

Daß Deutschland nicht daran denkt, Händel mit irgend einer Macht zu suchen, steht so über allen Zweifel in der ganzen Welt, daß es überflüssig wäre, es noch zu betonen. Wenn der Kaiser dennoch ausdrücklich erklärt hat, daß die Einberufung der Reserven nicht bedeute, daß der Krieg beschlossen sei, so hat er nochmals feststellen wollen, daß nicht von Deutschland, sondern von Frankreich aus die Friedenssicherheit getrübt worden ist, daß der Krieg, wenn er, was Gott verhüte, über uns hereinbrechen sollte, von unseren Nachbarn ohne jeden Vorbehalten frevelich angefangen werden müßte, genau wie vor 17 Jahren. Daß der Kaiser für die Friedensliebe der Franzosen nicht einzustehen vermag, ist leider ebenso gewiß, wie seine eigene Friedfertigkeit bekannt ist, und daß selbst die Erwägung, wir könnten heute mit besseren Aussichten als später den einmal unvermeidlichen Kampf bestehen, uns nicht zum Kriege veranlassen werde, hat Fürst Bismarck im Reichstag nachdrücklich ausgesprochen. Die fortschrittlichen Zeitungen also, welche beweisen, daß der Kaiser keinen Krieg wolle, rennen offene Thüren ein. Im Uebrigen sündigen sie gegen ihre Theorie, daß der Name des Kaisers aus den politischen Debatten fern gehalten werden solle. Wie ernst er die Lage hält und wie gerade wegen des drohenden Ernstes der Lage ihn die Haltung des Reichstags geschmerzt habe, das hat der Kaiser dem Vorstande des Herrenhauses unzweideutig ausgesprochen, und die ganze Leichtfertigkeit unserer fortschrittlichen Zeitungsmache zeigt sich darin, daß sie damals diese eindringlichen Worte des Kaisers als bedeutungslos hinstellte, um nun die neuerlichen Worte, deren einziger Zweck, Deutschlands Friedensliebe vor der ganzen Welt nochmals zu betonen, offenkundig ist, für ihre Wahlzwecke auszubeuten. Was nun den Stand der Dinge betrifft, so wird man zunächst abzuwarten haben, was Frankreich thut, ob Boulanger freie Hand mit seinen Kriegsrüstungen behält oder ob ihm Einhalt gethan wird. Wir hoffen noch immer, daß in Frankreich die Partei des Friedens, die unleugbar die Mehrzahl der Franzosen bildet, endlich sich erheben und ihr Gewicht geltend machen werde. Wir wollen auch nicht unterlassen, da uns die Vernunft der Franzosen verschlossen bleibt, an ihren Nutzen uns zu wenden und geben ihnen hiermit die ehrliche Versicherung, daß sie sich täuschen, wenn sie uns unvorbereitet überfallen zu können wähnen. Unsere Staatsmänner und unsere Kriegsmänner haben allzeit offene Augen und thätige Hände.

* Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken gelegentlich der am Mittwoch an der Berliner Börse colportirten Gerüchte:

Wir zweifeln wohl mit voller Berechtigung, daß alle diese tollen Gerüchte, die von der heutigen Börse colportirt wurden, realen Hintergrund haben, wenn auch Manches darunter sein mag, welches mögliche Dinge vorwegnehmend, zu Zwecken der Speculation in Umlauf gesetzt wurde. Dem einsichtigen Beobachter wurde durch diese Vorgänge kaum eine Ueberraschung bereitet. Denn der Keim dazu war bereits gelegt, damals, als die oppositionelle Reichstagsmehrheit den verbündeten Regierungen die von diesen nach reiflicher Ueberlegung verlangte unumgänglich nöthige Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft rundweg abschlug und dadurch Unruhe und Besorgniß in die weitesten Kreise des deutschen Volkes trug. Es kennzeichnete die fragwürdige Moral der intellectuellen Urheber jenes unseligen Reichstagsbeschlusses, wenn sie angesichts der dadurch erzeugten Störungen unseres politischen und wirthschaftlichen Lebens den Spieß umzudrehen versuchen, indem sie es den nationalen Parteien und ihrer Presse zur Last legen, durch ihre wohlgemeinten und durch Thatsachen nur zu wohlbegründeten Warnungen das Gespenst kriegerischer Verwickelungen heraufbeschworen zu haben. Das Durchsichtige dieses Ablenkungsmanövers liegt auf der Hand. Von den Nachrichten, die sich auf ausländische Kriegsrüstungen beziehen, wäre dem deutschen Publicum unter keiner Bedingung etwas erspart geblieben. Die Barackenbauten jenseits der französischen Grenze, der Massenankauf von Chemikalien zur Herstellung von Sprenggeschossen, die auffallend verlängerte und reichhaltige Completirung des Pferdebestandes der französischen Armee, die Verstärkung der französischen Garnisonen an der Grenze gegen Deutschland, das Engagement englischer und amerikanischer Waffenarbeiter nach Frankreich für Zwecke der französischen Gewehrfabrikation — alles Das sind positive Thatsachen, die auf die Dauer dem deutschen Wahrnehmungsvermögen doch nicht hätten verborgen bleiben können. Aber in welch anderer und zugleich gefestigterer Stellung hätten die verbündeten Regierungen sich mit diesen verdächtigen Symptomen abfinden können, wären sie in der Lage gewesen, mit der selbstbewußten Zuversicht vor das deutsche Volk zu treten: „Wir sind auf Alles vorbereitet; wir haben einen zuverlässigen, patriotischen Reichstag an unserer Seite, der für unsere Bewilligungen, Deutschlands Wehrkraft auf der Höhe der Situation zu erhalten, Verständniß zeigt und uns durch Bewilligung der erforderlichen Geldmittel in den Stand setzt, unserer Pflicht, über Deutschlands Sicherheit zu wachen, in vollem Maße zu genügen."

Eine solche Sprache würde nicht nur den Aengstlichen von Befürchtungen wegen der Zukunft in wirksamster Weise gesteuert, sondern auch dem Auslande höchst nachhaltig imponirt haben. Was aber sehen wir jetzt an Stelle dessen? Wir sehen die Regierungen, den Kaiser und seine bewährtesten Mitarbeiter von der Reichstagsopposition schmählich im Stich gelassen, die letztere auf Mark und Messen sich des Erfolges ihrer Bemühungen um des Vaterlandes Schwächung berühmen und Sturm laufen wider die vornehmsten Bedingungen unserer nationalen Sicherheit, ja unserer nationalen Existenz. Wir sehen Parteien, die sich in Worten ihres Deutschthums befleißen, Hand in Hand gehen mit den erklärten Todfeinden des deutschen Reichs, mit den Polen, Welfen, Dänen, Französlingen und Socialdemokraten, und sehen diesen zugethan, nur durch den Kitt gemeinsamen Hasses wider die bestehende öffentliche Ordnung zusammengehaltenen Heerbann einem Führer willfährig Ordre parirend, der, vom Scheitel bis zur Sohle den Protest gegen die nationale Entwicklung der letzten zwanzig Jahre verkörpernd, auf die Zertrümmerung des deutschen Reichs als das letzte Ziel seines politisch parlamentarischen Wirkens hinarbeitet.

Daß bei einer so vergiftenden Gestaltung unserer inneren Zustände das Vertrauen in eine gesicherte Zukunft der Nation keine Fortschritte aufzuweisen vermag, ist nur zu einleuchtend. Aber wiederholen müssen wir, daß die Schuld an dieser Calamität einzig und allein auf den Schultern jener Leute ruht, welche dem Heere die Mittel vorenthalten wollen, deren es zur Lösung seiner überaus schweren Aufgaben absolut benöthigt ist.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt zur Sache folgende officiöse Note:

Die regierungsfeindliche Presse, welche sich bis heute in ihrem Wohlbefinden der vollsten Unterstützung der französischen Zeitungen zu erfreuen gehabt hat, wird mit Bedauern festzustellen haben, daß kein ganz sicherer Verlaß auf ihre reichsfeindlichen Freunde ist. Einige von diesen weigern sich nämlich, in der Beurtheilung der letzten Tage nicht weiter als Wahlmanöver zu sehen. Die „France", welche sich noch vor Kurzem in vollster Uebereinstimmung mit dem „Berliner Tageblatt" befand, läßt sich heute von den Auffassungen dieser Zeitung und anderer Berliner Gesinnungsblätter los, indem sie schreibt, daß, wenn schon ein in den letzten Tagen vielfach besprochener Artikel der „Post" wohl darauf angelegt sei, die Wahlen zu beeinflussen, er doch ausschließlich „den deutschen Börsenjobbern" — tripoteurs allemands — zuzuschreiben sei, daß jener Artikel eine Baisse auf der Pariser Börse verursacht hat. Unsere Mittheilung, wonach jener Schwindel in erster Linie auf Überspeculation und Baissepositionen zurückzuführen sei, findet demnach auch von französischer Seite Bestätigung.

* Gelegentlich des russischen Pferde-Ausfuhrverbots wird officiös geschrieben:

Zu den beforgnißerregenden Anzeichen, deren der Tagesbericht im Laufe der jüngsten Vergangenheit eine größere Zahl hat verzeichnen müssen, als mit der Gemüthsruhe Europas verträglich erscheinen will, gesellt sich ein neues: Das russische Pferde-Ausfuhrverbot. Der Umstand, daß die öffentliche Meinung auf den Erlaß einer Maßregel durch vorgängige Befürchtungen schon einigermaßen vorbereitet war, nimmt ihr nichts von dem unheimlichen Eindruck, welchen derartige Verfügungen namentlich dann zu machen pflegen, wenn sie nicht vereinzelt auftreten. Pferde-Ausfuhrverbote werden, trotz aller beschwichtigenden Commentare, den verständigsten Dingen beigezählt und immer als Symptome einer — gleichviel, ob wirthschaftlichen oder politischen — Zwangslage betrachtet. Der Zwang nach dem Beispiel jedes Pferde-Ausfuhrverbot einen ungünstigen Rückschluß auf die Beschaffenheit der politischen Tagesereignisse. Für die militairische Schlagfertigkeit ist der Besitz und die Erhaltung eines ausreichenden Pferdebestandes geradezu eine Lebensfrage; in normalen Zeitläuften mag die Regulirung des Pferdebestandes dem wirthschaftlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben, findet aber ein außergewöhnlich starker Abfluß dieses werthvollen Materials über die Grenze statt, oder sieht man an leitender Stelle die Wahrscheinlichkeit voraus, selbst binnen Kurzem sich auf den vorhandenen Pferdebeständen in ausschließendem Maße verlassen zu müssen, so ist damit die Nothwendigkeit der Verhängung eines Pferde-Ausfuhrverbots gegeben. Deutschland hat, unter ausschließlicher Berücksichtigung seiner eigenen Interessen, einer übermäßigen Schwächung seines Pferdebestandes vorgebeugt. Indem Rußland jetzt unserem Beispiele folgt, sorgt es ebenfalls nur für sich. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß die Berechtigung der in Rede stehenden Maßregel den Gedanken recht nahe liegt, ihre Ursache, statt in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder, in der allgemeinen politischen Lage Europas zu suchen, welch letztere allerdings den Charakter bedenklicher Gespanntheit angenommen hat. Der Londoner „Standard" stellt heute Reflexionen an, welche nur zu deutlich verrathen, wie sorgenvoll die Kreise der Torypolitiker, denen jetzt die Führung des englischen Staatsschiffes obliegt, den kommenden Ereignissen entgegenblicken. Auch die äußerst kritische Lage der Italiener in Massauah wirft einen Schatten auf das Bild der internationalen Beziehungen Europas. Denn Italien, das seinen Einfluß stets zu Gunsten der mitteleuropäischen Friedensbestrebungen in die Wagschale warf, wird jetzt anderweitig beschäftigt — ein Umstand, der den Aussichten auf Wahrung und Festigung des Friedens auch nicht gerade zu Statten kommt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur Sache:

SLUB
Wir führen Wissen.